



MARKT RIMPAR

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES MARKTGEMEINDERATES

Sitzungsdatum:	Donnerstag, 30.11.2023
Beginn:	19:15 Uhr
Ende	22:00 Uhr
Ort:	im Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

1. Bürgermeister

Weidner, Bernhard

Mitglieder des Marktgemeinderates

Beck, Uwe
Bötsch, Bettina
Brustmann, Max-Ferdinand
Frötschner, Christine
Härtl, Thomas
Kaiser, Andreas
Krückel, Bernhard
Losert, Burkard
May-Page, Margarete
Reith, Christian
Schmid, Harald
Schömig, André
Schömig, Sebastian
Walter, Wolfgang, Dr.
Weippert, Elke
Wiesner, Dirk
Zauter, Franziska

Schriftführer

Fuchs, Alexander

Weitere Anwesende

Mona Oßwald, Kämmerin
Nadja Keß, Öffentlichkeitsarbeit
Christian Ammon, Main-Post

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Marktgemeinderates

Kordmann, Thomas
Michel, Armin
Wagenbrenner, Dieter

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|------------|--|-----------------|
| 1 | Mitteilung des 1. Bürgermeisters zur Änderung der Fraktionsstärken im Marktgemeinderat | 2023/205 |
| 2 | Bildung und Neubesetzung der Ausschüsse | 2023/204 |
| 3 | Genehmigung der Niederschriften | |
| 3.1 | Sitzung vom 21.09.2023 | |
| 3.2 | Sitzung vom 19.10.2023 | |
| 4 | Haushaltsplan 2024 | |
| 4.1 | Anträge und Mittelanforderungen | |
| 4.2 | Verwaltungshaushalt 2024 | |
| 4.3 | Vermögenshaushalt 2024 | |
| 4.4 | Finanzplan mit Investitionsprogramm 2023 - 2027 | |
| 5 | Satzungsbeschluss Haushaltssatzung 2024 | |
| 6 | Bericht des 1. Bürgermeisters über die Geschäfte der laufenden Verwaltung | |

1. Bürgermeister Bernhard Weidner eröffnet um 19:15 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Marktgemeinderates fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Mitteilung des 1. Bürgermeisters zur Änderung der Fraktionsstärken im Marktgemeinderat

§ 5 Abs. 1 Satz 4 der Geschäftsordnung des Marktgemeinderats Rimpar vom 07.05.2020 regelt, dass die Fraktionen Änderungen in ihrem Stärkeverhältnis dem ersten Bürgermeister mitteilen, der dann den Marktgemeinderat unterrichtet.

Nachdem die Voraussetzungen vorliegen, wird Bürgermeister Weidner in der Sitzung den Fraktionswechsel von Ratsmitglied Zauter von der FREIE WÄHLER-Fraktion zur CSU-Fraktion bekanntgeben.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt den Fraktionswechsel von Ratsmitglied Zauter von der FW-Fraktion zur CSU-Fraktion zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen Ja 18 Nein 0

2 Bildung und Neubesetzung der Ausschüsse

Nach eingehender Prüfung durch die Kommunalaufsicht, Herrn Hofmann und dem Bayerischen Gemeindetag, Herrn Dr. Gaß ist das Verfahren für die Bildung und Neubesetzung der Ausschüsse durch den Fraktionswechsel von Ratsmitglied Zauter wie folgt durchzuführen:

Aufgrund des neuen Stärkeverhältnisses (CSU: 9, IGU: 5, FREIE WÄHLER: 1, SPD: 5) können von den 10 zu vergebenden Ausschuttsitzen nach dem in der GeschO festgelegten Verfahren Hare/Niemeyer zunächst 8 Sitze nach den ganzen Teilungszahlen vergeben werden; die Nachkommastelle beträgt bei allen vier Gruppierungen 5 (CSU: 4,5; IGU: 2,5; FREIE WÄHLER: 0,5; SPD: 2,5). Daher erhalten zunächst die CSU 4, die IGU 2, die FREIEN WÄHLER keinen und die SPD 2 Sitze, damit sind also insgesamt 8 Sitze vergeben (§ 6 Abs. 1 Satz 7 Halbsatz 1 i. V. m. Sätze 2 bis 4).

In einem zweiten Schritt erfolgt dann die Verlosung unter allen vier Gruppierungen, da sie alle gleichrangig (erste Nachkommastelle lautet jeweils 5) Anspruch auf den ersten der beiden noch zu vergebenden Ausschusssitze haben. Sobald hier der Anspruch einer Gruppierung befriedigt ist, erfolgt die Verlosung des zweiten zu vergebenden Ausschusssitzes unter den übrigen drei Gruppierungen (vgl. § 6 Abs. 1 Satz 7 Halbsatz 1 i. V. m. Satz 5, Satz 7 Halbsatz 2 GeschO; Anm.: So ist sichergestellt, dass keine Gruppierung durch Losentscheid gleich zwei Sitze im selben Ausschuss hinzugewinnen könnte, was eine unzulässige Überaufundung darstellen würde, da aufgrund des math. Proporz es jeweils nur die Chance auf 4 oder 5 (CSU), je 2 oder 3 (IGU bzw. SPD)

sowie 0 oder 1 Ausschusssitze (FREIE WÄHLER) besteht).

Das Ergebnis kann also je nach Ausgang des Losverfahrens sein, dass die IGU den Ausschusssitz, den sie zu Beginn der Wahlzeit im Losverfahren zwischen ihr und der SPD gewonnen hat, verliert, obwohl der „Anlass“ für die Ausschussumbildung hier in dem Wechsel eines Gemeinderatsmitglieds von den FREIEN WÄHLERN zur CSU-Fraktion liegt (vgl. den Ihnen von Herrn Dr. Gaß, BayGT, übersandten Beschluss des BayVGH vom 30.11.1981, Az. 5 CS 81 A.1237).

Das Verfahren ist analog auf die anderen Ausschüsse anzuwenden, so dass auch im Rechnungsprüfungsausschuss (6er Ausschuss) ein Losverfahren zwischen SPD und IGU durchzuführen ist.

In der Marktgemeinderatssitzung zog das Ratsmitglied Dr. Walter wie folgt die Lose:

Haupt-, Finanz-, Jugend-, Sozial- und Kulturausschuss (10 Mitglieder)

RL-IGU und SPD

Somit haben die CSU 4 Sitze, die RL—IGU und SPD jeweils 3 Sitze.

Klima-, Umwelt-, Forstwirtschaft- und Bauausschuss (10 Mitglieder)

CSU und FW

Somit haben die CSU 5 Sitze, die RL-IGU und SPD jeweils 2 Sitze und die FW 1 Sitz.

Rechnungsprüfungsausschuss (6 Mitglieder)

CSU und RL-IGU

Auf Antrag von Ratsmitglied Reith wird eine Ausschussgemeinschaft der CSU mit den FW Thomas Härtl für den Rechnungsprüfungsausschuss vorgeschlagen.

Somit haben die CSU 2 Sitze plus Ratsmitglied Thomas Härtl (Ausschussgemeinschaft), die SPD 1 Sitz, die RL-IGU 2 Sitze

Bürgermeister Weidner bedankt sich bei Dr. Walter für die Losziehung, anschließend werden die Ratsmitglieder namentlich für die Ausschüsse und sonstigen Organe mitgeteilt, die als Anlage Bestandteil dieses Protokoll ist.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt die neue Ausschussbesetzung ab 30.11.2023, die als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift ist.

Beschlossen Ja 18 Nein 0

3 Genehmigung der Niederschriften

3.1 Sitzung vom 21.09.2023

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift vom 21.09.2023 wird in Erinnerung gerufen und ohne Einwendungen anerkannt.

Beschlossen Ja 18 Nein 0

3.2 Sitzung vom 19.10.2023

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift vom 19.10.2023 wird in Erinnerung gerufen und ohne Einwendungen anerkannt.

Beschlossen Ja 18 Nein 0

4 Haushaltsplan 2024

Bürgermeister Weidner stimmt die Haushaltsberatungen mit einer Haushaltsrede an:

„Mich überkommt fast ein ungutes Gefühl als einziges weißes Schaf in einer Herde von schwarzen Schafen wenn ich mich so im Kreise der Kommunen umblicke. Ich verstehe allerdings die Vorgehensweise der anderen Gremien sehr gut! Ich erläutere das jetzt:

Wir sind hier in einem Spannungsfeld, in dem uns auf der einen Seite die Gemeindeordnung verpflichtet den Haushalt bis zum 30.11.2023 aufzustellen. Auf der anderen Seite haben wir gerade während der Haushaltsberatungen Sachverhalte zur Kenntnis nehmen müssen, die die Zukunft des Haushaltes des Marktes Rimpfing mehr noch als sonst ungewiss erscheinen lassen. Dazu mein bewährter Klassiker von Berthold Brecht aus der Dreigroschenoper, dort von Mecki Messner verkündet: Ja, mach nur einen Plan! Sei nur ein großes Licht! Und mach dann noch 'nen zweiten Plan, Gehen tun sie beide nicht.

Und so haben wir uns jetzt erst am Montag, 27.11.2023 in der Runde der Fraktionsvorsitzenden über ein Abbruchszenario unterhalten, ja die Verabschiedung des Haushalts in der heutigen Sitzung stand auf der Kippe. Ursache sind Erkenntnisse aus der Kämmerertragung vom 22.11.2023, die uns die Kämmerin in der FV-Sitzung am 27.11.2023 vorgetragen hat. Der bay. Gemeindetag weist auf die gestiegenen Risiken für kommunale Haushalte hin:

- Ukrainekrieg – geopolitische Lage – Flüchtlingskrise
- Wirtschaftliche Entwicklung: Konjunktur – Inflation – steigende Zinsen
- Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen
- Tarifabschluss
- Zunehmende Kommunalisierung von Sozialleistungen
- Kosten aus Bildung – Kinderbetreuung – Ganztagsbetreuung Grundschule
- Investitionsstau der Kommune und anstehende Zukunftsinvestitionen zum Begegnen der Klimakrise

Als Folge beschreibt der bay. Gemeindetag Probleme einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen:

- Ein Abnehmen der Investitionsfähigkeit
- Sinkende Spielräume für freiwillige Aufgaben
- Und: es besteht kein Spielraum für neue Aufgaben.

Die Forderung des bay. Gemeindetags lautet daher:

Kommunen brauchen verlässliche, langfristig tragfähige Lösungen, die von Bund und Ländern nicht jedes Jahr neu verhandelt werden müssen. Das kann ich nur unterstreichen. Dazu passend schreibt die Main-Post heute morgen: Das Geld wird auch in Bayern knapp. Die gute Nachricht laut Finanzminister Füracker: Die Behauptung, auch wir hätten Kreditermächtigungen übertragen ist schlicht falsch. Das Urteil der Karlsruher Richter und die Haushaltskrise im Bund hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf den bayerischen Staatshaushalt – weder im Jahr 2023 noch in den Folgejahren. Und: Weitere rund 20 Mrd. Euro gehen an die Kommunen, aber auch: Neue Spielräume gibt es nicht. Und erst gestern war in der Main-Post zu lesen, dass Kanzler Olaf Scholz das Land bei der künftigen Finanzplanung im Unklaren lässt: seine Möglichkeiten sind

- Steuern erhöhen
- Ausgaben kürzen
- Teure Prestigeobjekte verschieben

Das ist offen geblieben, die Main-Post titelt von einer Nichtregierungserklärung.

Wir haben nichtdestotrotz heute die Aufgabe, unter diesen Rahmenbedingungen für den Markt Rimpar über den Haushaltsplan 2024, den Finanzplan 2023 – 2027 und über den Satzungsbeschluss für die Haushaltsplanung 2024 zu entscheiden; später im nichtöffentlichen Teil entscheiden wir noch den Stellenplan.

Wir legen fest, ob wir heute einen Plan verabschieden, im klaren Bewusstsein der Unsicherheiten. Und in diesem Sinne haben wir uns am Montag, 27.11.2023 bei den Fraktionsvorsitzenden auch verständigt.

Auf dem Weg hierher haben wir am 09.11.2023 im Hauptausschuss den Verwaltungshaushalt beraten, wir schaffen eine stabile Zuführung in Höhe von 1.864.698 Euro zum Vermögenshaushalt, sehr deutlich über der vorgeschriebenen Mindestzuführung von ca. 990 TEUR. Wir haben sogar für die Kreisumlage eine Steigerung von 3,6 auf 3,71 Mio. Euro vorgesehen; und die Schlüsselzuweisungen mit 1.610.000 Euro genau auf dem Ergebnis 2022 von 1.609.860 Euro angesetzt. Wir müssen diese Posten im Auge behalten, das ist uns bewusst. Genauso müssen die geplanten Einnahmen aus Abschlagzahlung Schulhausverkauf mit 2,0 Mio. Euro und Verbesserungsbeitrag mit 800 TEUR auch fließen. Und bis dahin ist bei der Haushaltsausführung auch im Verwaltungshaushalt äußerste Vorsicht walten zu lassen. Erst nach Festsetzung der Kreisumlage (meine lieben Kreisräte, wir haben hier nur minimale Spielräume für Erhöhung und bitten um äußerste Sparsamkeit im Kreishaushalt (Vorgehensweise bitte wie beim Kanzler: Ausgaben kürzen und teure Prestigeobjekte verschieben) Und nach Festlegung der Schlüsselzuweisung sowie nach Geldeingang für Schulverkauf und Verbesserungsbeitrag können wir uns in diesem Plan sicherer fühlen.

Ganz anders hingegen der Vermögenshaushalt. Wir hatten uns ja am 22.05.2023 im Ältestenrat auf ein Verfahren zu den Haushaltsberatungen verabredet. Wir haben in der Folge alle Einrichtungen aufgefordert, bis Ende Juni 2023 ihre Haushaltsansätze für 2024 bei der Kämmerei vorzulegen. Die Kämmerei hat diese Mittelanforderungen konsolidiert und im Haushalt abgebildet, die Kämmerin und ich haben durch Abstimmung zum Einzelplan 9 dann Mitte September den Verwaltungshaushalt aufgestellt. Für den Vermögenshaushalt hat die Bauabteilung umfassende Vorarbeiten erbracht, und die Investitionsbedarf beschrieben – mit Mittelbedarf und Priorisierung. An dieser Stelle nochmals mein ausdrücklicher Dank dafür an die Bauabteilung – das war eine sehr übersichtliche Liste, ganz ohne Prestigeobjekte! Diese Liste hat aber auch aufgezeigt, in welchem Umfang wir Liegenschaften und Einrichtungen verantworten, mitsamt dem Erneuerungsbedarf der damit verbunden ist. Und leider auch: mitsamt dem Sanierungsstau der mittlerweile aufgelaufen ist. Da sind wir aber leider auch nichts Besonderes, das ist der Regelfall in einer bay. Kommune – so schreibt der bay. Gemeindetag auch von einem wahrgenommenen Investitionsrückstand der Kommunen v.a. in Schulen, Straßen und der Feuerwehr. Aber auch hier sind wir dran, mit Konzept und planmäßiger Vorgehensweise:

- Straße für Straße gemäß Grundsatzbeschluss, jetzt erstmal die Weinbergstraße mit Petryweg und Teilen der Frühlingstraße
- Dann die Ziegeleistraße
- Danach berät das Gremium neu
- Feuerwehrhaus und Fahrzeuge sind wir auch dabei
- Schulen sind wir im Zuge des Umzugs auch dabei.

Also grundsätzlich machen wir das Richtige, die Bauverwaltung schlägt das auch richtig vor. Aber die Beratungen zum Vermögenshaushalt begannen mit einem Kreditbedarf von 3,2 Mio. Euro, und am Ende nach harten, aber fairen Beratungen hatten wir den Kreditbedarf auf immer noch 2,2 Mio. Euro. Das war schon besser, und die Verhandlungen waren wirklich hart und bis 0.15 Uhr auch sehr lange / zu lange verhandelt. Und so haben wir am Montag, 27.11.2023 mit den Fraktionsvorsitzenden nochmal so eine Art „Bereinigungssitzung“ durchgeführt, haben Kostenansätze für die Schulsanierung und Förderungen für die KiTa-Bachzwerge zeitlich realistisch verschoben und Vorteile im HH-Jahr 2024 sichtbar gemacht. Es blieb dann aber immer noch ein Restkredit in Höhe von 560 TEUR, weit über den für die Pflichtaufgaben notwendigen 387 TEUR. Wir haben dann – schweren Herzens – eine Verschiebung von Friedhofswege ein Jahr schieben = 30.000 Euro Radwege ein Jahr schieben (Kosten und Erlöse) = 130 Kosten und 37,5 Erlöse und als Saldo 92.500 Euro Leichenhaus Maidbronn ein Jahr schieben 43.500

d.s. waren zusammen 166 TEUR weitere Verschiebung.

Offen wären dann jetzt immer noch 420.778 EURO – und der Haushaltsausgleich kann nur mit Kreditaufnahme erfolgen - für dringende Pflichtaufgaben (Weinbergstraße, der Ursprungskredit reicht nicht aus + FFW + weitere eilige Wasserleitungsmaßnahmen). Da aber in der abschließenden Diskussion mit dem am Mittwoch aus dem Urlaub zurückgekehrten Bauamtsleiter klar ergab, dass der Verbesserungsbeitrag erst nächstes Jahr eingehoben werden kann, haben wir diesen Betrag - dann nur folgerichtig - auch in 2024 eingeplant. Damit können wir eine Kreditaufnahme vermeiden und weitere 380 TEUR für die Restkosten der Weinbergstraße zur Verfügung stellen. Dazu habe ich am Mittwoch mit den Fraktionsvorsitzenden telefoniert. **So gelingt ein Haushalt vom Grunde her, danke.“**

4.1 Anträge und Mittelanforderungen

Antrag SPD-Fraktion zum Thema: „Sanierung Kita Kunterbunt - Grundstück Austraße - Erweiterung Kita Bachzwerge

Bürgermeister Weidner weist daraufhin, dass der Antrag im Zuge der Haushaltsberatungen im Hauptausschuss am 23.11.2023 behandelt wurde. Er bittet dabei als Additum die Bemerkungen des Seniorenrates vom 16.10.2023 zu beachten die an dieser Stelle mitbehandelt werden. Im Februar dieses Jahres wurde im Marktgemeinderat eine Machbarkeitsstudie bezüglich der Sanierung und ggf. Erweiterung der Kita Kunterbunt vorgestellt. Je nach Umfang der Maßnahme würden hierfür geschätzte Kosten in Höhe von 2 bis über 4 Millionen Euro anfallen. Die neue Kita Bachzwerge wurde inzwischen eröffnet, die Notgruppe im Kunterbunt aufgelöst. Unmittelbar neben dieser neuen Kita Bachzwerge ist der Markt Rimpar im Besitz einer Grundstücksfläche, die für den Bau einer Senioreneinrichtung gedacht war. Entsprechende Investoren sind aber aufgrund der momentanen Zinslage zurückhaltend. Die SPD stellte ergänzend zur Machbarkeitsstudie vom Februar 2023 daher den Antrag zu untersuchen, ob und in welcher Form/welchem Umfang eine Erweiterung der neuen Kita in der Bachgasse auf dem derzeit nicht genutzten Grundstück möglich ist und welche Kosten hierfür (abzüglich einer Bezuschussung) erforderlich wären. Nach Fertigstellung dieses „zweiten Bauabschnitts“ könnte, so die SPD die Kita Kunterbunt abgerissen und das Grundstück als Bauplatz verkauft werden, wodurch eine Gegenfinanzierung zum Neubau möglich sein soll – was aus Sicht des Bürgermeisters für ein Seniorenzentrum noch genauer zu erläutern wäre. Hier wäre – so schreibt die SPD - ein Seniorenzentrum denkbar, Gespräche mit der ASB seien im Vorfeld schon getätigt worden. Diese stünden einem solchen Vorhaben durchaus positiv gegenüber.

Aus dem Hauptausschuss wurde vorgebracht, dass durchaus klar ist, dass Rimpar dringend ein Seniorenzentrum benötigt. Allerdings sehe man es problematisch den Kindergarten Kunterbunt an dieser Stelle aufzulösen und alle Kinder in die Bachzwerge zu schicken, auch da viele Krippenkinder aus Maidbronn kommen und der Standort oben am Schleifweg dafür optimal sei. Es wurden auch Bedenken angebracht, ob eine Förderung für einen neuen Kindergarten möglich ist, wenn man ohne Bedarf einen bestehenden Kindergarten schließt um einen neuen zu bauen. Dies müsse vorab geklärt werden. Nun soll bei der Regierung angefragt werden, ob im besagten Fall eine Förderung möglich ist. Erst dann könne weiteres entschieden werden. Nichtsdestotrotz müssen die Maßnahmen für den Brandschutz in der Kita Kunterbunt umgesetzt werden. Dafür sind im Haushalt 130.000 Euro angesetzt.

Bürgermeister Weidner fragt an, ob so verfahren werden kann, dass ein Auftrag an die Verwaltung geht, die offenen Punkte bzgl. Bedarfsanalyse, Fördermöglichkeiten und Bauleitplanung abzuklären und nach Klärung wird der Sachverhalt erneut im Marktgemeinderat vorgelegt.

Ratsmitglied Schmid schlägt vor, den Antrag so zu beschließen und den Auftrag an die Verwaltung zu erteilen, die offenen Fragen zu klären, um anschließend die Prüfergebnisse dem Marktgemeinderat vorzustellen.

Ratsmitglied Reith schlägt vor, das Grundstück neben den Bachzwerger auf alle Fälle zu behalten; einen Abriss der KiTa Kunterbunt kann er allerdings nicht mittragen. Es liegt bereits eine Machbarkeitsstudie vor mit 4 Ausbaustufen. Er möchte eine dezentrale Lösung; kurze Wege zu allen Kindertageseinrichtungen und zweifelt an, ob eine Förderung gewährt wird, wenn eine alte KiTa abgerissen wird und stattdessen eine neue KiTa gebaut wird, ohne dass mehr Plätze dadurch geschaffen werden. Sieht eine Sanierung als sinnvolle Maßnahme und kann deshalb diesem Antrag nicht zustimmen.

Ratsmitglied May-Page sieht ebenfalls in einer dezentralen Kita mehr Vorteile als bei 2 KiTa's nebeneinander, kann allerdings keine Entscheidung treffen, wenn es nicht mehr Infos dazu gibt. Ohne einer Aussage der Reg. v. Ufr. zur Förderzusage kann keine Entscheidung getroffen werden. Im Übrigen sieht auch sie großen Bedarf für ein Seniorenzentrum.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Informationen bezüglich der Förderung im Bestand der KiTa Kunterbunt und einem Neubau Erweiterung KiTa Bachzwerge bei der Regierung von Unterfranken einzuholen. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, inwieweit eine Bauleitplanung und Bedarfsanalyse notwendig ist und ob Verkehrsrechtliche Punkte für oder gegen die jeweilige Maßnahme sprechen.

Ja: 17 Nein: 1

Antrag IGU auf Einführung und Unterhaltung einer Flächenmanagement-Datenbank (FMD) zur Erfassung der Baulücken und Leerstände

Einen Antrag auf Einführung und Unterhaltung einer Flächenmanagement-Datenbank (FMD) zur Erfassung der Baulücken und Leerstände hatte die IGU gestellt (s. Anlage zur Niederschrift).

Da eine Ausweisung der Gewerbefläche im Bereich Eichig nicht mehr sinnvoll verwirklicht werden kann, wurde zu Beginn des Jahres die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Im Antrag der IGU wird auf die Stellungnahme der Regierung von Unterfranken hingewiesen, dass für eine Gewerbegebietsausweisung an anderer Stelle ein sogenannter Bedarfsnachweis zwingend erforderlich ist. Die Einführung einer Flächenmanagement-Datenbank ermögliche dem Markt Rimpar den notwendigen Bedarfsnachweis bei der Neuausweisung von Gewerbeflächen vorzulegen. In den Vorberatungen hatte Bürgermeister Weidner bereits erläutert, dass es in der Verwaltung bereits ein Programm für die Erfassung von Baulücken und Leerständen gebe, es fehle aber an Personal für die Einpflege der Daten.

In einer eingehenden und kontroversen Diskussion wurde von Seiten des Rates diesbezüglich vorgebracht, dass die Erfassung der Daten Stück für Stück erfolgen könne. Wenn sie dann einmal eingepflegt seien, wäre der Aufwand wieder geringer. Nach weiteren Beratungen wurde von Ratsmitglied Schmid ein Geschäftsordnungsantrag gestellt, über den Antrag, wie vorgelegt, abzustimmen.

Beschluss Geschäftsordnungsantrag: Ja: 11 Nein: 7

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt gem. dem Antrag der IGU die Einführung einer Flächenmanagement-Datenbank (FMD). Diese ermöglicht dem Markt Rimpar, den notwendigen Bedarfsnachweis bei der Neuausweisung von Gewerbeflächen vorzulegen.

Die FMD ist über das Bayerische Landesamt für Umwelt (LFU) kostenfrei herunterzuladen. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die ILE Würzburger Norden die Ersterfassung über das zuständige ILE-Büro durchführen kann. Ansprechpartner ist das Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken, Herr Markus Höfling.

Um für die Zukunft in Sachen Klimaschutz gut aufgestellt zu sein, wird die Verwaltung weiter beauftragt, eine Erweiterung des Moduls der FMD auf ein Solarkataster zu prüfen sowie ob es für die Pflege und Unterhaltung einer FMD Fördermittel gibt

Ja: 11

Nein: 7

Antrag IGU auf Offenlegung der Ausgaben im Zusammenhang mit den beiden Umgehungsstraßen (West- und Südumfahrung)

Ebenfalls von der IGU wurde ein Antrag auf Offenlegung der Ausgaben im Zusammenhang mit den beiden Umgehungsstraßen (West- und Südumfahrung) eingereicht. „Die Kosten waren immer offen gelegen, sei es im Zuge der Haushaltsberatungen, des Jahresabschlusses oder der Auftragsvergabe. Auch die Rechnungsprüfung hatte und hat regelmäßig Zugang zu diesen Informationen. „Der Amtsvorgänger Burkard Losert hat dazu ebenfalls regelmäßig im Marktgemeinderat berichtet“, so Bürgermeister Bernhard Weidner zum gestellten Antrag.

Für die Westumfahrung wurden in der Zeit seit 2004 insgesamt 1.074.228,95 Euro an Planungskosten aufgewendet. Für die Südumfahrung wurden seit 2018 insgesamt 140.001,04 Euro aufgewendet. Das sind zusammen 1.214.229,99 Euro, davon waren erhebliche Anteile für faunistische Gutachten (Feldhamster, Schlingnatter, Haselmaus, gehölzbrütende Vogelarten, Fledermäuse etc.), den landschaftspflegerischen Begleitplan, tierökologische Untersuchungen, Kaltluftsimulation und schalltechnische Untersuchungen. Für den Grunderwerb wurden 4.290.886,91 Euro im Zuge einer Bodenvorratspolitik aufgewendet. Die Zuordnung zur Ortsumgehung ist erst nach endgültiger Feststellung der Ausgleichsbedarf, nach dem Gang der Unternehmensflurbereinigung und der Beschlussfassung des Vorstandes der Teilnehmergemeinschaft möglich.

Weiterhin müsse man festhalten, dass durch die vorausschauende Bodenvorratspolitik - in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Bayrischen Gemeindetages - der Markt Rimpar erst handlungsfähig ist in Sachen Ortsumgehung, künftig geplanten Gewerbegebiete oder weitere auszugleichende Wohngebiete. Nicht vergessen werden darf die erhebliche Wertsteigerung, die in der Zwischenzeit erfolgt sei.

Bürgermeister Weidner wird sich bei den Ingenieurbüros erkundigen, was eine detaillierte Kostenschätzung für die beiden Umgehungsstraßen kostet. Da es aktuell in dem Antrag der IGU keinen Haushaltsbezug gibt, betrachtet Bürgermeister Weidner diesen Teil des Antrags als erledigt.

Bürgermeister Weidner verweist außerdem auf den Termin am 1.2.2024 zur Verkehrssituation; dort sollen Verkehrszählung, Verkehrsprognose sowie aktueller Stand des Verfahrens West- und Südumfahrung berichtet werden.

Beschluss:

Die Ausführungen von Bürgermeister Weidner zu den Ausgaben im Zusammenhang mit den beiden Umgehungsstraßen (West- und Südumfahrung) werden zur Kenntnis genommen.

Interfraktioneller Antrag der SPD- und IGU-Fraktion zur Errichtung einer (vorübergehenden) Bücherei in den Räumen der ehemaligen Bäckerei Nöth/Scheckenbach

Wie schon bei den Beratungen im Hauptausschuss abzusehen war, gab es über den interfraktionellen Antrag von SPD und IGU zur Errichtung einer vorübergehenden Bücherei in den Räumen der ehemaligen Bäckerei Nöth/Scheckenbach eingehende Debatten. Nachdem es im Hauptausschuss noch unterschiedliche Angaben bzgl. der Bereitschaft der katholischen Kirche gab, informierte Josef Fischer, dass Gespräche mit der Kirchenverwaltung und der Teamleitung der Bücherei ergeben haben, dass das Vorhaben begrüßt wird.

Bürgermeister Weidner führt aus, dass der Zeitpunkt für den Neubau des Ärztehauses noch offen ist, so dass die in den Räumen der derzeitigen Rats-Apotheke geplante gemeindliche Bücherei jetzt noch nicht eingerichtet werden kann. Auch sei die derzeitige katholische Bücherei nach Aussage der Antragsteller in einem schlechten Zustand. Nun haben sich einige Freiwillige zusammengeschlossen, die in den Räumlichkeiten der ehem. Bäckerei Nöth/Scheckenbach (vorübergehend) eine öffentliche Bücherei – ggf. mit Lesecafé einrichten und betreiben möchten. Hierzu hatten bereits Gespräche mit dem Vermieter der Räumlichkeiten und mit dem Personal sowie der Vorsitzenden des Kirchenvereins stattgefunden, die diese Idee grundsätzlich begrüßen und unterstützen würden. Hierdurch würde ein weiterer Leerstand im Altort verhindert/beseitigt und gleichzeitig ein Ort der Begegnung für Jung und Alt geschaffen werden.

Über das Regionalbudget könnte man Regale, Sitzmöglichkeiten, etc. bezuschusst bekommen, hier haben bereits Vorgespräche stattgefunden. So könne man 8.000 - 10.000 Euro erhalten.

- Während der Diskussion in den Vorberatungen im Hauptausschuss wurde auch klar, dass es unterschiedliche Angaben hinsichtlich der Bereitschaft der Kirche gibt. Josef Fischer: hat Gespräche mit Michaela Bauer geführt, befürwortet und begrüßt die Veränderungen.

- Bürgermeister Weidner betont, dass er grundsätzlich für die Verbesserung der Bücherei ist. Dafür gibt es auch einen Beschluss. So könnte die Bücherei nach dem Bau des Ärztehauses in die Räume gehen, in der sich derzeit noch die Apotheke befindet.
-
- Allerdings kann Bürgermeister Weidner in der jetzigen Haushaltslage nicht vertreten, dass man einen Raum für extrem teures Geld anmietet und eigene Räume um mehr als die Hälfte günstiger vermietet. Bei einer Formulierung zur Unterstützung zu Gunsten einer Bücherei in geeigneten Räumlichkeiten wäre er aber dabei.
-
- Nach langer Debatte wurde der Antrag im Hauptausschuss mit Stimmengleichheit abgelehnt.

In der anschließenden eingehenden und kontroversen Diskussion werden die voraussichtlichen Kosten vorgetragen. Neben einer Kaltmiete von 1.200 Euro werden 200 Euro Nebenkosten kalkuliert, so dass im Jahr 16.800 Euro Warmmiete im Verwaltungshaushalt eingeplant werden müssten. Folgende weitere einmalige voraussichtlichen Kosten sind mit dem Antrag verbunden:

- Bücherregale ca. 15.000,00 €
- 2 PC mit Zubehör ca. 3.000,00 €
- Tische, Stühle, Sitzmöglichkeiten ca. 1.000,00 € (auch gebraucht möglich)
- Beleuchtung ca. 1.000,00 €
- Bücher und Medien Neuanschaffung ca. 10.000,00 € (zusätzlich auch gut erhaltene gebrauchte Bücher möglich)
- lfd. Kosten: Miete Räume 1.200,00 €/mtl. (150 qm) + NK ca. 200,00 €/mtl.
- Jährliche Kosten für Neuanschaffungen Bücher –Betrag (bereits im HH enthalten)

Personal:

- freiwillige Helfer auf Ehrenamtsbasis –derzeit ca. 20 Personen bereit
- (Kostenfreie Schulungen über Betreuungsstelle KBA(Katholische Bücherei Arbeit) Würzburg möglich)
- evtl. Bücherei-Verantwortliche/r auf 520,00 €-Basis beschäftigt

Finanzierungsmöglichkeiten:

- für Ersteinrichtung: Förderung über ILEK (bis max. 10.000,00 €)
- Förderung über St.-Michaels-Bund (Zuschuss? -nach Aufwand)
- Förderung über Deutschen Bibliotheks-Verband -Förderung von zeitgemäßen Bibliothekskonzepten für Kommunen bis 20.000 Einwohner „Vor Ort für Alle“
- Crowdfunding der VR-Bank (Spendensammlung)Bank verdoppelt die Spenden bis max. 5.000,00 €/Jahr
- Sparkassenstiftung

Träger:

- gemeinsamer Träger Gemeinde und Kirche(n)
- Die derzeitige Kath. Bücherei ist sehr veraltet, die Bücher in einem nicht sehr guten Zustand.

- Eine Zusammenführung seitens der kath. Bücherei (Personal und Vorsitzende Kirchenverein) wird begrüßt und unterstützt.
- Betreuung der Bücherei über die KBA angedacht.

Nach weiteren intensiven Beratungen über evtl. alternativen Räumlichkeiten, Berechnungen zum Mietausfall in der jetzigen Apotheke, Beteiligung der katholischen Kirchenstiftung und zeitlicher Umsetzung des Projekts stellt Ratsmitglied Schmid erneut einen Geschäftsordnungsantrag über den vorliegenden Antrag abzustimmen:

Beschluss Geschäftsordnungsantrag: Ja: 10 Nein: 8

Beschluss:

1. **Der Markt Rimpar unterstützt die Initiative bezüglich der Schaffung einer öffentlichen Bücherei in den Räumen der ehemaligen Bäckerei Nöth/Scheckenbach als vorübergehende Einrichtung bis zur Verwirklichung der öffentlichen Bücherei in den Räumen der derzeitigen Ratsapotheke.**

Ja: 10 Nein: 8

2. **Hierzu stellt der Markt Rimpar die erforderlichen Mittel von ca. 30.000 Euro im Haushalt zur Verfügung (s. Anlage).**

Ja: 10 Nein: 8

3. **Der Markt Rimpar schließt mit dem Vermieter der Räumlichkeiten einen entsprechenden Mietvertrag (zunächst auf 5 Jahre - Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr möglich) ab. In Gesprächen mit dem Vermieter erklärt dieser gegenüber Herrn Fischer, dass er bereit sei die Miete für die ca. 150 m² auf 1.200 Euro/mtl. zzgl. Nebenkosten zu reduzieren.**

Ja: 10 Nein: 8

4. **Der Markt Rimpar stellt - ggf. mit Unterstützung der Vereinsgemeinschaft einen Antrag auf finanzielle Unterstützung im Rahmen des Regionalbudgets 2024 Würzburger Norden.**

Ja: 16 Nein: 2

5. **Der Markt Rimpar stellt im Rahmen des Vermögenshaushaltes 2024 einen Betrag in Höhe von 10.000 Euro als Anschubfinanzierung für die Anschaffung von diversen Medien (Bücher, etc.) zur Verfügung**

Ja: 0 Nein: 18

6. **Der Markt Rimpar prüft, inwieweit Mobiliar (Stühle, Tische) und PCs aus der aufzulösenden Maximilian-Kolbe-Schule für die Bücherei zur Verfügung gestellt werden kann.**

Ja: 16 Nein: 2

7. Der Markt Rimpf wird gemeinsam mit der katholischen Kirche die Trägerschaft für die neue Bücherei übernehmen.

Ja: 12

Nein: 6

8. Der Markt Rimpf geht davon aus, dass die „Interessengemeinschaft Bücherei“ um Josef Fischer sich bemühen wird, weitere Finanzmittel zu akquirieren (z.B. Raiba, SPK Mainfranken, Förderung über den Deutschen Bibliotheksverband, etc.) und Freiwillige / Ehrenamtliche einbindet, um die Bücherei zu betreiben (s. Anlage Konzept).

Zur Kenntnis genommen

Interfraktioneller Antrag von SPD und IGU zur Einführung einer Kindergarten-App – analog zur School-App

Ein weiterer interfraktioneller Antrag von SPD und IGU war die Einführung einer Kindergarten-App - analog zur School-APP. Bürgermeister Weidner teilte mit, dass sich dieser Antrag erledigt hat, da verwaltungsseitig die Einführung schon vorbereitet wurde und im EDV-Ansatz schon Mittel im Haushalt vorgesehen sind.

Antrag des Seniorenrates:

Auch der Seniorenrat hatte einen Antrag gestellt. Dabei ging es um die Ausstattung einer Fahrradpausenstation mit einmalig 1.516 Euro Eigenanteil bei kalkulierten Projektkosten von 7.584 Euro, die im Haushalt abgebildet werden können. „Ein schönes Projekt, eine schöne Idee bei der wir jetzt die Entscheidung zum Regionalbudget abwarten müssen“, so Bürgermeister Bernhard Weidner.

Zur Kenntnis genommen

Beschlossen

4.2 Verwaltungshaushalt 2024

Im Anschluss fragt Bürgermeister Weidner, ob der Verwaltungshaushalt insgesamt beschlossen werden kann oder ob über jeden Einzelplan gesondert ein Beschluss notwendig ist.

Auf Antrag von Ratsmitglied Wiesner wird über den Einzelplan 3 gesondert abgestimmt.

Beschluss:

Dem Einzelplan 3 des Verwaltungshaushalts 2024 wird zugestimmt.

Ja: 10

Nein: 8

Nachdem keine weiteren Anträge kamen, lässt anschließend Bürgermeister Weidner über den gesamten Verwaltungshaushalt abstimmen.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt dem Verwaltungshaushalt 2024 zu.

Beschlossen Ja 18 Nein 0

4.3 Vermögenshaushalt 2024

Zu den Einzelplänen im Vermögenshaushalt werden keine Anträge seitens des Gremiums gestellt.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt dem Vermögenshaushalt 2024 zu.

Beschlossen Ja 18 Nein 0

4.4 Finanzplan mit Investitionsprogramm 2023 - 2027

Im Anschluss lässt Bürgermeister Weidner über den Finanzplan mit Investitionsprogramm 2023 – 2027 abstimmen.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt dem Finanzplan im Investitionsprogramm 2023 – 2027 zu.

Beschlossen Ja 18 Nein 0

5 Satzungsbeschluss Haushaltssatzung 2024

Bürgermeister bittet die Fraktionen um ihre Haushaltsreden. Für die **CSU-Fraktion** führt Ratsmitglied Reith aus:

„Die Aufstellung des Haushaltspans für das Jahr 2024 wurde dem Gemeinderat am 29.09.23 ausführlich vorgestellt. Hierzu waren auch die Fachbereichsleiter geladen, die dem Gremium zu allen Punkten Rede und Antwort standen. - Für die gute Vorbereitung der Verwaltung, insbesondere der Kämmerin Mona Oswald, möchten wir uns herzlich bedanken. Aufgrund des Umfangs war es an diesem Termin nach einigen Stunden einigen Räten/-innen nicht mehr möglich der Vorstellung zu folgen. Auch war es schwierig den Fachbereichsleitern direkt aus der Vorstellung Fragen zu stellen da diese stellenweise erst in den Fraktionsbesprechungen aufgetaucht sind. Eine weitere Verbesserung könnte sein, dass wir im kommenden Jahr bis Mitte September den Haushaltsplan zu den Vorberatungen erhalten und dann Ende September die Vorstellung mit Fragen und der Anwesenheit der Fachbereichsleiter abhalten um gezielt noch offene Rückfragen zu klären.

Die Vorberatungen verliefen unserer Auffassung nach sachlich und zielführend. Konkrete Maßgabe für den Haushalt 2024 war das Ziel einen genehmigungsfähigen und ausgeglichenen Haushalt herzustellen. Somit können wir weiter freiwillige Leistungen unter anderem an Vereine auszahlen. Die Kommunalaufsicht hatte bereits im Vorfeld angemahnt achtsam und mit einem Hohen Maß an Einsparungen den Haushalt aufzustellen. - Wenn dies nicht gelingt, dürfen unter anderem keine freiwilligen

Leistungen wie z.B. der Defizitausgleich an den St. Johannes Kindergarten in Gramschatz oder die Vereinszuschüsse gezahlt werden. — Dies wäre ein schmerzhafter Einschnitt in die finanzielle Selbstbestimmung der Marktgemeinde für das Jahr 2024.

Es gibt viele Projekte, die wir immer wieder vor uns herschieben und immer wieder Bürgerinnen- und Bürger und Vereine und Institutionen getröstet werden - dass macht dem Gremium Gemeinderat und auch dem Bürgermeister keinen Spaß - aber so ist nun die Haushaltslage. Die Zeit der günstigen Kredite ist zunächst vorbei. Wir können kein billiges Geld mehr aufnehmen, um Wünsche und Anträge zu verwirklichen und wir haben kein Geld mehr zu verschenken. Wenn im Kindergarten kein Geld mehr für ein paar Laternen vorhanden ist, ist es kaum vorstellbar, dass wir im Gegenzug wieder Machbarkeitsstudien in Auftrag geben die dann im Sand verlaufen. - Ich persönlich dachte wir können Mitgestalten, wünsche Erfüllen und den Ort weiterbringen aber mit dieser Haushaltslage ist es einfach schwierig. Es ist schmerzlich dem Kindergarten Spielgeräte für die kleinen herauszustreichen oder zu wissen, dass die Einhundertmeterbahn wieder verschoben wird. Aber wir müssen einfach abwägen.

Für uns ist es Wichtig die Pflichtaufgaben wie Feuerwehrbedarf, Brandschutz und Versorgungssicherheit mit Wasser, Strom und Verkehr umzusetzen und einzuplanen.“

Für die **RL-IGU-Fraktion** führt Ratsmitglied May-Page aus:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Frau Oßwald liebe Mona, zunächst möchte ich bei Dir danken für die Erstellung unseres Haushaltes 2024. Eine schwierige Aufgabe bei unserer schwierigen finanziellen Situation und das wissen wir Gemeinderäte auch. Wir von der Fraktion der Interessengemeinschaft Umwelt erkennen, dass die finanzielle Lage unserer Marktgemeinde sehr wenig Spielraum zulässt. Eine HH-Sperre 2022 und auch in diesem Jahr wieder. Ein Girokonto, dass so hoch in den roten Zahlen steckt, so dass wir Gemeinderäte kurzfristig die Liquidität der Gemeinde ermöglichen mussten mit einem Nachtragshaushalt und der Möglichkeit das Girokonto bis 4,5 Millionen zu überziehen. Einen Dispokredit gibt es nicht für einen kleinen Zinssatz, die Überziehungszinsen betragen mehr als 100.000 Euro in diesem Jahr, diese Summe fehlt sicherlich an andere Stelle. Was sind die Ursachen: Eine Fehlbuchung, der Verkauf der Grundschule verzögert sich, Der Wasserausbaubeitrag der immer noch nicht abgerechnet ist und der schleppende Verkauf der Grundstücke im Bickelsgraben, eine Umgehungsstraße, die seit Jahren immer wieder Kosten für Planung, Landerwerb verursacht.

In den letzten Jahren haben wir jeweils große Anträge gestellt mit Klimaschutzmaßnahmen in Höhe von 1 Millionen Euro oder unser Antrag auf einen Klimaschutzmanager. Unsere Anträge wurden abgelehnt. Die finanzielle Lage ermöglicht keine Investitionen oder personelle Aufstockung in den Klimaschutz. Dabei sind wir überzeugt, dass Maßnahmen für den Klimaschutz sofort notwendig sind und ein Klimaschutzmanager sicherlich eine finanziell rentierliche Investition ist.

Die Verwaltung/ der Bürgermeister hat Post bekommen vom Landratsamt Würzburg. Mit Schreiben der Kommunalaufsicht vom 20.10.2023 wurde klar, wie nun dieser HH sein muss: Ich zitiere aus diesem Schreiben zwecks Vermeidung erneuter Liquiditätsschwierigkeiten sollte im Rahmen der Aufstellung des HH für das Haushaltsjahr 2024 und als Grundlage für eine solide zukünftige HH- und

Finanzplanung vorrangig eine Zuführung an die Rücklage in Höhe des durch die dauerhafte Kontoüberziehung sich ergebenden Fehlbetrages eingeplant werden. Weiterhin wäre die Reduzierung der vorhandenen Verschuldung sowie der Vorrang der gemeindlichen Pflichtaufgaben dringend zu beachten. Die Sicherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit ist Grundvoraussetzung für die Genehmigung von Investitionskrediten. Was bedeutet das 4 Millionen Rücklage, Schulden von 14 Millionen reduzieren. Und einen sparsamen HH der sich auf die Pflichtaufgaben konzentriert.

Als wir am Donnerstag nach Mitternacht die Sitzung schlossen war der Haushalt noch nicht ausgeglichen, Inzwischen wurde eine kreative Lösung gefunden, weniger Investitionen in die Mittelschule und die Sanierung der Ziegeleistraße rechnen wir der Weinbergstraße zu und trotzdem müssen wir noch einige Einsparungen vollziehen, so dass wir heute Ausgaben schieben und überdenken. Wir müssen uns grundlegend fragen:

Was ist möglich neben den Pflichtaufgaben und was wichtig, was macht unsere Gemeinde lebenswert und wo können einsparen. Trotz der schwierigen finanziellen Lage sind wir der festen Überzeugung, dass eine gemeindliche Bücherei als freiwillige Aufgabe angepackt werden muss und das jetzt. Vor einigen Tagen stand es in der Main-Post, dass die Lesekompetenz der Grundschüler sich verschlechtert hat. Der Landkreis ist auf dem Weg zur Bildungsregion und dabei spielen Büchereien eine Rolle, denn sie ist für die Bürger jeden Alters ein kostengünstiges bzw. kostenloses Angebot. Hierzu sind die Räume in der Niederhoferstraße ideal. Alternative Räumlichkeiten sehe ich keine, da zum Beispiel das leerstehende Objekt Bischof-Schmitt-Straße 6 nach meinen Informationen keine Heizung hat und bei Realisierung des Einbahnkreisel abgerissen wird

Wir brauchen jetzt eine Bücherei in hellen freundlichen Räumen. Wir brauchen jetzt eine Belebung für den Altort, wir brauchen jetzt einen Begegnungsort für unsere Jüngsten bis zu den Senioren. Wir brauchen jetzt dieses Bildungsangebot für alle. Ich bin nicht der Meinung der Meinung, dass dies Aufgabe der Kirche ist. Der Gemeinderat hat dies bereits vor Jahren beschlossen eine gemeindliche Bücherei auf den Weg zu bringen. Wir warten und wir warten und wollen jetzt eine Bücherei. Die Finanzierung dieses Projektes sollte uns am Herzen liegen und gemeinsam mit der ILEK gelingen. Erfreulich ist, dass die Instandsetzung von Treppenanlagen eingeplant ist und dies ist längst überfällig, so ist manche Treppenanlage nur mit einer Gefahrenzulage zu betreten. So sind wichtiger Bestandteil für die Verkehrswende. PV-Anlage auf der Knabenschule aufgeschoben und aufgeschoben und nun nicht mehr realisierbar.

Wir sind uns sicher, dass Klimaschutz langfristig Geld einsparen wird, die Bewirtschaftungskosten sind im Haushalt hohe Beträge. Vergleichen die Bewirtschaftungskosten des neuen Kindergarten Bachzwerge mit den Bestandsgebäuden, so können wir erkennen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Werden wir Gebäude energetische sanieren, so wird die Investitionskosten durch sinkende Bewirtschaftungskosten amortisieren. Langfristig wird durch die Reduktion von CO2 Haushaltsmittel gesenkt werden und hiermit Geld eingespart.

Wir stellen fest, für den Klimaschutz sind keine angemessenen Haushaltsmittel eingeplant. Wir stellen fest, dass wir von der akuten prekären finanziellen Lage in Kenntnis gesetzt wurde, als ein Gemeinderatsbeschluss notwendig war. Hier fordern wir mehr Transparenz über unsere finanzielle Lage einschließlich Liquidität. Wir haben

nun die vierten Haushaltsberatungen durchgestanden in der Legislaturperiode 2020 bis 2026 und können sicherlich alle erkennen, dass die Lage nicht besser wird, sondern schwieriger. Kaum Spielraum vorhanden für freiwillige Aufgaben. Haushaltsberatungen, die kontrovers sind und wir vermissen bei den Ausschusssitzungen das zuständige Personal, dass uns während der Sitzung kompetent unsere Nachfragen beantworten kann. Ansätze im Haushalt, die irritieren: Sanierung Natursteinpflaster und Gartenbewässerung Gramschatz Wir stellen fest, dass eine intensivere Vorarbeit durch den ersten Bürgermeister vor den Ausschuss-Sitzungen erforderlich ist.

Zwei Anträge haben wir gestellt:

Mit der Umgehungsstraße soll das Jahrhundert-Projekt angepackt werden, aber bisher gibt es keine aktuellen belastbaren Zahlen, wieviel wird uns das kosten. Es gibt Kostenschätzungen, die längst überholt sind von Inflation und Kostensteigerung im Baugewerbe. Wir stellen fest wir brauchen eine aktuelle Kostenschätzung über die voraussichtlichen Gesamtkosten mit belastbaren Zahlen und die Offenlegung der Verkehrszählung.

Wir haben die Kostenprognose beantragt. Unser zweiter Antrag bezieht sich auf die Einführung des Flächenmanagement also eines sogenannten Leerstandskataster, dies wird dringend benötigt da es ein wichtiger Baustein für die Quartiersentwicklung Keine Angst es ist sicherlich kostengünstig. Für die weitere Ortsentwicklung und Planung, benötigen wir dies als Grundlage. Auch bei der Ausweisung von neuen Baugebieten wird dies gefordert. Es geht darum Innenentwicklung fortzuführen Hausbesitzer von Leerständen mit Interessenten zusammenzuführen.

Wir alle finanzieren unsere Gemeinde mit unserem Anteil der Einkommenssteuer und Gewerbesteuer, Grundsteuer und so können wir gemeinsam auch fordern, dass hier sorgfältig umgegangen wird und finanziellen Mittel gut eingeplant werden für die Alle und für die Zukunft.

Für die **SPD-Fraktion** führt Ratsmitglied Schmid aus:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weidner, sehr geehrte Frau Kämmerin Osswald, Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, als dritter Redner will ich nicht alles wiederholen, was die Vorredner*in bereits ausgeführt haben. In vielen Punkten stimmen wir mit den Aussagen überein. Ich werde mich deshalb darauf beschränken, was unserer Fraktion zusätzlich oder abweichend wichtig ist.

Wir haben heute nach zwei Sitzungen des HAUPTAUSSCHUSSES und einer abschließenden Sitzung des MARKTGEMEINDERATES einen Haushalt für das Jahr 2024 beschlossen, der wiederum unter sehr schwierigen Umständen zustande gekommen ist. Obwohl wir in diesem Jahr einen neuen Weg beschritten haben – wir erhielten bereits im September den Haushalts-Entwurf von der Verwaltung, was wir als sehr positiv empfunden haben – standen die Beratungen am Ende wieder unter Zeitdruck. Sowohl auf Seiten der Verwaltung (Beantwortung der Fragen der Fraktionen) als auch in unserer Fraktion. Möglicherweise wurde der Umfang unterschätzt und wir hätten als Fraktion etwas früher beginnen sollen???

Da der Ablauf noch nicht optimal war, schlagen wir vor, zu prüfen, ob der Zeitraum zwischen der Beratung des Verwaltungshaushalts und des Vermögenshaushalts nicht um eine Woche (auf 21 Tage) verlängert werden sollte. Dies macht es insbesondere für

die Kämmerin etwas entspannter, die von den Fraktionen eingereichten Fragen innerhalb der Verwaltung abzuklären und zu beantworten.

Doch nun zum Inhaltlichen des heutigen Abends:

Die vom 1. Bürgermeister Herrn Weidner gemachten Aussagen zur Rede des Bundeskanzlers zur aktuellen Haushaltssituation und „Wie soll es weiter gehen“ beruhen auf einer Meinung eines einzelnen Journalisten der MAIN POST und sind somit weder regional noch auf Bundesebene eine Allgemeinmeinung. Vorne weg danken wir insbesondere der Kämmerin, Mona Osswald, für die gute Zuarbeit und die ergänzenden Informationen im Zuge der Haushaltsberatungen.

Verwaltungshaushalt

Der Verwaltungshaushalt war diesmal seitens der Verwaltung gut vorbereitet, so dass er in der Entwurfsfassung zustimmungsreif gewesen wäre. Hierfür herzlichen Dank. Durch weitere im Zuge der Beratung vorgenommenen Einsparung bzw. Verschiebungen auf Folgejahre konnte die Zuführung zum Vermögenshaushalt weiter erhöht werden

Vermögenshaushalt

Durch ein von allen Fraktionen getragenes und im Einvernehmen mit dem 1. Bürgermeister sowie der Kämmerin vollzogenen „Streichkonzert“ konnte ein Haushalt mit „nur“ einer Kreditaufnahme von 2 Mio. Euro erreicht werden. Da aufgrund der Finanzsituation eine Kreditaufnahme nicht in Frage kommen konnte, wurden weitere Streichungen von den Fraktionssprechern vorgeschlagen und vom Marktgemeinderat mitgetragen. Hierdurch konnte der somit „passende“ Haushalt vom Marktgemeinderat verabschiedet werden, der auch aus Sicht der Genehmigungsbehörde die Zustimmung erfahren müsste. Positiv war für uns auch die von der Bauabteilung erstellte Liste mit Dringlichkeitsvermerken – hierfür herzlichen Dank. Vielen Dank auch an den 1. Bürgermeister für die Zurverfügungstellung der Mitarbeiterliste als Anlage zum Stellenplan, wodurch uns bekannt wurde, wer alles in unserem Rathaus und den gemeindlichen Einrichtungen beschäftigt ist.

Neben dem Dank an die Kämmerin bedanken wir uns auch bei den Mitgliedern der weiteren Fraktionen im MARKTGEMEINDERAT für die weitestgehend sehr sachliche und zielorientierte Diskussionen, meistens mit dem Ziel eine einvernehmliche Lösung zu finden. Abschließend ist festzustellen, dass es dem MARKTGEMEINDERAT gemeinsam mit der KÄMMERIN und dem 1. BÜRGERMEISTER in einer Zeit mit sehr vielen Unbekannten gelungen ist, einen Haushalt zu erarbeiten hat, der für das Jahr 2024 und die Folgejahre eine solide Grundlage bildet. Wir sind stolz darauf, dass wir auch im Jahr 2024 unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen den örtlichen Vereinen wieder unterstützend unter die Arme greifen können.

Wichtig ist uns – und wir halten dies auch für dringend erforderlich – dass wie bereits diskutiert - in den ersten Monaten des Jahres 2024 der Workshop zur Betrachtung und ggf. Anpassung der Mieten/Pachten/etc. der gemeindlichen Objekte durchgeführt wird. Außerdem würden wir es als hilfreich betrachten, wenn der Marktgemeinderat ¼-jährlich eine so-genannte „Wasserstandsmeldung“ erhielte, woraus erkennbar ist, wo wir in der aktuellen Haushaltsabwicklung stehen. Hierzu bedarf es aber auch einer sehr zeitnahen Erfassung von Ausgaben und Einnahmen.

Abschließend wünschen wir uns, dass sich unsere Haushaltssituation in den kommenden Jahren soweit verbessert, dass wir als MARKTGEMEINDERAT wieder stärker unsere gestalterische Aufgabe für unsere Gemeinde wahrnehmen können und nicht nur Aufgaben innerhalb des Planungszeitraumes schieben müssen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Zum Schluss noch eine persönliche Anmerkung: Ich werde mich dafür einsetzen, dass bei der Umsetzung der neuen (vorübergehenden) gemeindlichen Bücherei sparsam mit den heute beschlossenen und zur Verfügung stehenden Mitteln umgegangen und der Mittelumfang nicht ausgereizt wird.

Im Anschluss an die Haushaltsreden beschließt der Marktgemeinderat die nachfolgende Haushaltssatzung.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt die folgende Haushaltssatzung:

Haushaltssatzung des Marktes Rimpar (Landkreis Würzburg) für das Haushaltsjahr 2024

Aufgrund des Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt der Markt Rimpar folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr **2024** wird hiermit festgesetzt, er schließt

im **Verwaltungshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit 19.591.522 € und im **Vermögenshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit 6.653.229 € ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf **0 €** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren wird auf 675.000 € festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) 340 v. H.
b) für die Grundstücke (B) 340 v. H.

2. Gewerbesteuer 380 v. H.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf **4.500.000 €** festgesetzt.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem **1. Januar 2024** in Kraft.

Rimpar, 30.11.2023

MARKT RIMPAR
Weidner, 1. Bürgermeister

Beschlossen Ja 18 Nein 0

6	Bericht des 1. Bürgermeisters über die Geschäfte der laufenden Verwaltung
----------	--

Besuch des Partnerschaftskomitees aus Languidic

Bürgermeister Bernhard Weidner informierte das Gremium über den Besuch des Bürgermeisters und seiner Delegation der Partnergemeinde Languidic vom 01.12.23 bis 4.12.23. Er brachte seine Freude über den Besuch zum Ausdruck und dankte dem Partnerschaftskomitee für seine förderliche Arbeit.

Familienstützpunkt Rimpar

Der Familienstützpunkt in Rimpar wurde als 10. im Landkreis Würzburg am 16.11.2023 feierlich eingeweiht. Ende November fand auch ein Treffen der Steuerungsgruppe statt. Darin wurde u.a. vorgeschlagen, dass die Mitarbeiterinnen des Familienstützpunktes, der Jugendsozialarbeit an der Grundschule und des allgemeinen Sozialdienstes am Landratsamt gemeinsam mit dem Rimparer Sozialpädagogen in der Sitzung des Haupt-, Finanz-, Jugend-, Sozial- und Kulturausschusses am 20.06.2024 über ihre Arbeit informieren.

Die Berichterstattung zu den Energiethemen erfolgt in der nächsten Marktgemeinderatssitzung am 21.12.2023.

Beschluss:

Der Bericht des 1. Bürgermeisters über die Geschäfte der laufenden Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen

1. Bürgermeister Bernhard Weidner schließt um 22:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates.

Vorsitz

Schriftführung

Bernhard Weidner
1. Bürgermeister

Alexander Fuchs
Geschäftsleiter